

Wochenblatt

für
Wilsdruff, Tharandt,

Rosfen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das Königl. Gerichtsamt und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Neununddreißigster Jahrgang.

Nr. 14.

Dienstag, den 18. Februar

1879.

Bekanntmachung.

In hier anhängigen Nachlasssachen der Handelsfrau **Henriette Kerschmar** in **Blankenstein** werden alle Diejenigen, welche an letztere noch Zahlungen zu leisten haben, hierdurch aufgefordert, nunmehr ungehäumt die schuldigen Beträge anher einzuzahlen, widrigenfalls wegen derselben im Klagwege gegen sie vorgegangen werden wird.

Wilsdruff, am 12. Februar 1879.

Das Königliche Gerichtsamt.
Dr. Gangloff.

Tagesgeschichte.

Berlin. Die bei Eröffnung des Reichstages von Sr. Maj. dem Kaiser verlesene Thronrede lautet: „Geehrte Herren! Indem Ich Sie willkommen heiße, drängt es Mich, auch von dieser Stelle Meinen Dank für Gottes Gnade zu wiederholen, die Mich in Gefahr beschirmt und von schweren Leiden geheilt hat. Ich spreche zugleich Meinem Sohne, dem Kronprinzen, nochmals Meine Anerkennung seiner Führung der Regierungsgeschäfte aus und danke Ihnen, geehrte Herren, für die Unterstützung, welche Sie den verbündeten Regierungen gewährt haben, um im Wege des Gesetzes einer gegen die Grundlagen unseres staatlichen und Kulturlebens gerichteten Agitation Einhalt zu thun. Ich darf demnach auch für die Zukunft in gleichem Maße auf Ihre Mitwirkung rechnen, soweit die Heilung unserer sozialen Schäden sich als unvollendet erweisen sollte. Die verbündeten Regierungen beraten über die Mittel, welche die Gesetzgebung zu gewähren vermag, um Uebelstände, unter denen wir auf wirtschaftlichem Gebiete leiden, zu heben oder zu mindern. Die Vorschläge, welche ich Meinen Bundesgenossen theils gemacht habe, theils zu machen beabsichtige, haben zunächst den Zweck, durch Beschaffung neuer Einnahmequellen für das Reich die einzelnen Regierungen in den Stand zu setzen, daß sie auf Forterhebung derjenigen Steuern zu verzichten vermögen, welche sie und ihre Landesvertretungen als die am schwersten aufzubringenden erkennen. Zugleich bin Ich der Meinung, daß unsere wirtschaftliche Thätigkeit in ihrem gesammten Umfange auf diejenige Unterstützung vollen Anspruch hat, welche die Gesetzgebung über Steuern und Zölle ihr zu gewähren vermag und in den Ländern, mit denen wir verkehren, vielleicht über das Bedürfnis hinaus gewährt. Ich halte es für Meine Pflicht, dahin zu wirken, daß wenigstens der deutsche Markt der nationalen Production insoweit erhalten werde, als dies mit unseren Gesammtinteressen verträglich ist, und daß demgemäß unsere Zollgesetzgebung den bewährten Grundsätzen wiederum näher trete, auf welchen die gedeihliche Wirksamkeit des Zollvereins fast ein halbes Jahrhundert beruht hat, und welche in unserer Handelspolitik seit dem Jahre 1866 in wesentlichen Theilen verlassen worden sind. Ich vermag nicht zu erkennen, daß tatsächliche Erfolge dieser Wendung unsere Zollpolitik zur Seite gestanden haben. Die Vorlagen der angebotenen Richtung werden insoweit und sobald die Einigkeit der verbündeten Regierungen über dieselben stattgefunden haben wird, Ihrer Beschlußnahme unterbreitet werden. Für den diesjährigen Reichshaushaltsetat, welcher Ihnen ungehäumt zugehen wird, haben neue Einnahmequellen noch nicht in Aussicht genommen werden können, und es ist daher, um den Etatsabschluß bis zum 1. April zu ermöglichen, die Deckung der Bedarfsziffer durch Matrifularumlagen in Ansatz zu bringen gewesen. Ich darf hoffen, daß noch während Ihrer diesjährigen Session Ihnen die Vorschläge der verbündeten Regierungen über Ersetzung der Matrifularbeiträge durch andere Einnahmequellen zugehen können. Als einen dringlichen Gegenstand Ihrer Verhandlungen darf ich den am 16. December v. J. mit Oesterreich abgeschlossenen Handelsvertrag bezeichnen, welcher Ihrer Genehmigung bedarf. Die Beträge, durch welche der zu Bonn 1874 begründete allgemeine Postverein befestigt und, im Abschlusse seines Grundgedankens, der Gesamtheit der Verkehrslander zugänglich gemacht ist, werden Ihnen zur Genehmigung zugehen. Ebenso wird der Gesekentwurf gegen Verfälschung der Lebensmittel Ihrer Berathung von neuem unterbreitet werden und werden die Entwürfe zur Ergänzung der Justizgesetze Ihrer Beschlußfassung unterliegen. — Um dem Reichstag die Möglichkeit zu gewähren, die Ehre der Mitbürger, welche dem Reichstag nicht angehören, gegen die Ausschreitungen einzelner Mitglieder zu schützen und seiner eigenen Autorität da, wo sie verkannt wird, vollen Nachdruck zu gewähren, haben die verbündeten Regierungen zu Ihrer Beschlußnahme einen Gesekentwurf vorgelegt, durch dessen Annahme die verfassungsmäßigen Befugnisse des Reichstags, nach Art. 27. seine Disciplin selbst zu regeln, eine erweiterte gesetzliche Unterlage gewinnen würden. — Die beunruhigenden Nachrichten über den Ausbruch der Pest im Osten Europa's haben uns in die bedauerliche Nothwendigkeit gesetzt, Vorsichtsmaßregeln zu treffen, welche dem Verkehr lästig fallen. Die jüngsten Nachrichten geben der Hoffnung Raum, daß die baldige Unterdrückung der Krankheit, wenigstens in Rußland, den energischen Vorkehrungen der kaiserlich-russischen Behörden gelingen werde. Sobald sich dies bestätigt, wird der Grenzverkehr sofort wieder auf den den politischen Beziehungen beider befreundeten Länder entsprechenden nachbarlichen Fuß gesetzt werden. — Die Ungewißheit, in welcher die Schlußbestimmung von

Artikel 5 des Prager Friedens von 1866 die Zukunft der Einwohner der nördlichen Distrikte von Schleswig erhielt, hat Mich, nachdem die Lösung dieser Frage in wiederholten Unterhandlungen mit Dänemark nicht gelungen war, veranlaßt, mit Sr. Maj., dem Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn in Verhandlung über eine Abänderung jenes Artikels zu treten. Den gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen beider Reiche entsprechend, ist eine Vereinbarung beider Höfe in dem gewünschten Sinne zu Stande gekommen und am 11. Januar d. J. ratifizirt worden, deren Wortlaut zur Ihrer Kenntniß mitgetheilt werden wird. — Die Hoffnung auf eine baldige Beendigung des Krieges im Orient, die Ich beim Beginn der letzten ordentlichen Session aussprach, hat sich erfüllt, und es ist den im vorigen Sommer versammelten Vertretern der Großmächte gelungen, sich über Anordnungen zu verständigen, von deren Durchführung der Schutz der Christen, die Sicherung der Ruhe im türkischen Reiche und die Wahrung des Friedens der Mächte Europa's zu erwarten ist. — Die durch den Berliner Vertrag bekräftigten friedlichen Beziehungen der auswärtigen Mächte zu Deutschland und unter einander zu fördern, soll auch ferner die Aufgabe sein und bleiben, in deren Dienst Ich die große Macht, welche Deutschland durch seine Einigung gewonnen hat, verwenden will, soweit sie in Meine Hand gelegt ist. Wenn Mir Gott die Erfüllung dieser Aufgabe gewährt, so will Ich mit dem dankbaren Gefühl, daß meine Regierung bisher eine reich gesegnete sei, auch auf die schweren Erfahrungen des letzten Jahres zurückblicken.

Auf dem Reichstage und auf Allen, die dazu gehören, liegt's wie ein schwerer Druck, wie der Schatten künftiger Ereignisse. Der Eröffnung ist zum erstenmal kein Gottesdienst vorausgegangen, weder in der protestantischen, noch in der katholischen Kirche. Der Thronrede wohnten diesmal ungewöhnlich viele Generale im Gefolge des Kaisers bei. Die Rede, die der Kaiser verlas, war auf 21 Folioblättern in ungewöhnlich großen Lettern gedruckt, weil der Kaiser ein Augenglas verschmährt. Sie wurde von der Besammlung schweigend vernommen, mit ehrerbietigem Schweigen, wie die „Post“ sagt, mit lautlosem Schweigen, wie die „Nat.-Ztg.“ sagt. Zu seinem ersten Präsidenten hat der Reichstag wiederum Jordanbeck, zu seinem Vicepräsidenten Frhr. v. Stauffenberg gewählt. Die Socialdemokraten Liebknecht, Hasselmann und Frischauf kamen unmittelbar vom Eisenbahnwagen in den Reichstag. Die Welt muß große Ereignisse erwarten; denn es haben viele neue Berichterstatter großer englischer, französischer, italienischer und holländischer Zeitungen um gute Plätze nachgesucht.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat nunmehr die Etatsberathungen auch in dritter Lesung zu Ende geführt und stellt sich für den laufenden Etat Preußens folgendes Resultat heraus: Einnahme und Ausgabe des Etats beläuft sich auf 711,500,758 M., wovon jedoch für die Ausgabe ein Extraordinarium von 58,878,692 M. eingerechnet ist. Damit die Einnahme mit der Ausgabe balancirt, ist in dessen auch eine Anleihe von 67,950,000 M. nöthig.

Auch im Königreiche Bayern machte sich während der Budgetberathungen eine Minderung der Einnahmen bemerkbar und hat deshalb der bayerische Reichsrath einer Creditaufnahme von 28 Mill. M. seine Zustimmung ertheilt. Gleichzeitig wurde aber auch im bayerischen Reichsrathe ein Antrag hinsichtlich der Verminderung der Militärlast gestellt und trotz der Gegenrede des Ministerpräsidenten v. Pfretzschner, des Kriegsministers und des Generals von Fries mit 23 gegen 20 Stimmen angenommen.

Ein doppeltes Unglück hat die großen Kohlenhachten zwischen Dux und Djezz und das Bad Teplitz in Böhmen betroffen. Am Nachmittag des 10. Februar brach eine große, warme Wassermasse in den Döllinger-Schacht und rasch auch in die benachbarten Schachte Gifela, Victoria, Fortschritt und Nelson ein. In dem Döllinger-Schacht ertranken 22–26 Arbeiter, die in der Dunkelheit nicht mehr den Ausgang finden und flüchten konnten. Von diesen Arbeitern waren 16 verheirathet und hinterlassen 53 Kinder; 600 Arbeiter sind brodlos geworden. Das Heilbad Teplitz ist in Folge dieser Grubenwasser-Revolution schwer bedroht und die Bestürzung ungeheuer. Bei der Teplitzer Urquelle im Stadtbad ist eine Abnahme eingetreten, das Heilwasser derselben im Basin sinkt stündlich um 6 Centimeter und ist bereits von 104 auf 13 Centimeter gewichen. Auch der Wärmegrad hat abgenommen und das gänzliche Ausbleiben der Quelle wird befürchtet. Die Vorstellungen im Theater und alle öffentlichen Vergnügungen wurden sofort eingestellt. Der Carlsbader Strudel ist ungestört. Das Unglück scheint sich auf die Stadtparkquelle zu beschränken, welche nach einer Nachricht nunmehr ganz verstopft sein soll, während sie nach einer